

Antrag

des Abg. Jonas Hoffmann u. a. SPD

Wohnen im Ländlichen Raum

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele Kommunen in Baden-Württemberg auf die Größenklasse „unter 20 000 Einwohnern“ entfallen und wo sich diese befinden (bitte antworten unter Angabe der Anzahl der Kommunen unter 20 000 Einwohnern in ganz Baden-Württemberg, in den vier Regierungsbezirken sowie in den Gebietstypen „Verdichtungsräume“, „Randzonen um die Verdichtungsräume“, „Verdichtungsgebiete im Ländlichen Raum“ sowie im „Ländlichen Raum im Engeren Sinne“ im Sinne des LEP 2002);
2. welche Wohneinheiten sich kumuliert in den Gemeinden unter 20 000 Einwohnern in Baden-Württemberg befinden (bitte antworten unter Angabe der Anzahl der Wohneinheiten insgesamt sowie aufgeschlüsselt nach Wohneinheiten in Ein- und Zweifamilienhäusern, in Mehrfamilienhäusern sowie weiteren);
3. wie sich die Verteilung auf die verschiedenen Bauweisen im kumulierten Gebäudebestand der baden-württembergischen Gemeinden unter 20 000 Einwohnern darstellt und wie sich diese im Vergleich zum gesamten Gebäudebestand des Landes verhält (bitte antworten unter Angabe der Anzahl der Gebäude, die dem Gebäudetyp „freistehendes Haus“, „Doppelhaushälfte“, „gereihtes Haus“ und „anderer Gebäudetyp“ jeweils entsprechen);
4. wie hoch die Leerstandsquote in den baden-württembergischen Gemeinden unter 20 000 Einwohnern ist (bitte antworten unter Angabe der Leerstandsquote des ersten Quartils der baden-württembergischen Gemeinden, des Medians sowie des dritten Quartils);
5. welche Gründe für den Leerstand in den baden-württembergischen Gemeinden unter 20 000 Einwohnern vorliegen (bitte aufgeschlüsselt nach entsprechenden Gemeinden in den „Verdichtungsräumen“, den „Randzonen der Verdichtungsräume“, der „Verdichtungsgebiete im Ländlichen Raum“ und dem „Ländlichen Raum im Engeren Sinne“ im Sinne des Landesentwicklungsplans (LEP) 2002 antworten unter jeweils der Angabe der benannten gesamten Leerstandsquote sowie des jeweiligen relativen Anteils der angegebenen Gründe);
6. wie sich die Leerstandsquote in den baden-württembergischen Gemeinden unter 20 000 Einwohnern auf die Bauformen Einfamilienhaus, Zweifamilienhaus und Mehrfamilienhaus verteilt (bitte antworten unter Angabe jeweils der kumulierten Zahl an leerstehenden Wohnungen sowie der Wohnungen insgesamt, die auf die jeweiligen Bauformen entfallen);
7. wie hoch die Belegungsdichte im Sinne der Anzahl von dort wohnhaften Personen je Wohneinheit in den Wohnungen der baden-württembergischen Gemeinden unter 20 000 Einwohnern ist (bitte antworten unter Angabe der Belegungsdichte in den betreffenden Gemeinden insgesamt sowie jeweils aufgeschlüsselt auf Wohnungen in den Gebäudeformen Einfamilienhaus, Zweifamilienhaus und Mehrfamilienhaus);
8. wie sich die Anzahl der Einpersonenhaushalte in den baden-württembergischen Gemeinden unter 20 000 Einwohnern entwickelt hat (bitte antworten unter Angabe der Zahlen in den vergangenen 20 Jahren sowie des Anteils an Einpersonenhaushalten mit ausschließlich Seniorinnen/Senioren);

9. wie alt der Gebäudebestand in den baden-württembergischen Gemeinden unter 20 000 Einwohnern insgesamt ist (bitte antworten unter Angabe der Anzahl der Gebäude, die jünger als 20 Jahre alt sind, 20 bis 50 Jahre alt sind, 50 bis 100 Jahre alt sind, älter als 100 Jahre sind sowie des mittleren Gebäudealters in den betreffenden Gemeinden im Durchschnitt und im Median);
10. welches nach Ansicht der Landesregierung die spezifischen Herausforderungen von Gemeinden unter 20 000 Einwohnern in Baden-Württemberg verglichen mit denen in Baden-Württemberg insgesamt sind, insbesondere im Bereich Wohnen.

20.5.2025

Hoffmann, Born, Ranger, Röderer, Weber SPD

Begründung

Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Und sie betrifft längst nicht nur Ballungsgebiete, sondern auch Kleinstädte mit unter 20 000 Einwohnern. Dieser Antrag verfolgt das Ziel, etwas Licht in das Dunkel zu bringen und die Herausforderungen des Wohnens in kleineren Kommunen und im Ländlichen Raum nähergehend zu beleuchten. Der Zensus 2022 bietet hier die notwendigen Daten. Die spezifischen Herausforderungen der betroffenen Menschen und Kommunen dürfen nicht länger unter dem Radar der Landesregierung bleiben.